



**CGFP** 

# fonction publique

numéro 23, octobre 2017  
paraît 4 fois par an  
6<sup>ème</sup> année

*compact*

Reformen im öffentlichen Dienst:

## CGFP erwägt Protestveranstaltung Ende November

Mit großem Bedauern stellte der CGFP-Nationalvorstand anlässlich der „Rentrée sociale“ der CGFP am Montag, dem 16. Oktober 2017, fest, dass Finanzminister Pierre Gramegna beim Einreichen der Haushaltsvorlage für das kommende Jahr die höchst umstrittene 80/80/90-Regelung mit keinem Wort im Parlament erwähnt hat. Eine Woche zuvor hatte die CGFP die Regierung einmal mehr dazu aufgerufen, diese unsinnige und kontraproduktive Sparmaßnahme unverzüglich rückgängig zu machen. Gleichzeitig ging ein dringender Appell des CGFP-Nationalvorstandes an die politischen Entscheidungsträger, alle, durch eine missglückte Umsetzung der Dienstrechtsreform verursachten Ungereimtheiten, auch auf sektorieller Ebene, unverzüglich zu beseitigen.

Für die Berufsorganisation aller öffentlichen Bediensteten ist es absolut nicht nachvollziehbar, dass sich die Regierung der Forderung nach einer schnellstmöglichen Abschaffung der 80/80/90-Regelung noch immer widersetzt, zumal Finanzminister Gramegna gleich zu Beginn seiner Rede betonte, der Budgetentwurf stehe nicht im Zeichen der anstehenden Parlamentswahlen, sondern jenem kommender Generationen.

Warum die Dreierkoalition weiter daran festhält, die Entschädigung im öffentlichen Dienst während der „Stage“-Zeit in den ersten beiden Jahren auf 80 Prozent und im dritten Praktikumsjahr auf 90 Prozent zu senken, bleibt unklar. Die CGFP hält die Abschaffung der höchst umstrittenen 80/80/90-Regelung für eine völlig legitime Forderung, da – wie bereits mehrmals erwähnt – die im Vorfeld vereinbarte Gegenleistung, nämlich die grundlegende Reform des dreijährigen Praktikums, ein leeres Versprechen blieb. Nach wie vor müssen Neueinsteiger im öffentlichen Dienst ab dem ersten Arbeitstag ohne adäquate Ausbildung ihre Aufgabe erfüllen.

Die CGFP wird diesen Umstand nicht länger dulden, ebenso wie ihr Kooperationspartner FGFC, die Gewerkschaft des Gemeindepersonals. Angesichts der robusten Konjunktur und der blendenden Finanzlage des Staates gibt es derzeit keinen plausiblen Grund mehr,

die 80/80/90-Regelung weiterhin aufrechtzuerhalten, ganz im Sinne der kommenden Generationen. Vor diesem Hintergrund erwägt der

CGFP-Nationalvorstand erste gewerkschaftliche Maßnahmen. Entscheidend sein wird eine Unterredung zwischen der CGFP und Beamtenminister Dan Kersch, bei der diese Thematik noch einmal erörtert werden wird. Für den Fall, wo es zu keinem Einlenken auf Regierungsseite kommen sollte, fasst der CGFP-Nationalvorstand eine großangelegte Protestveranstaltung noch vor Ende November ins Auge.

In Bezug auf den Budgetentwurf ist die CGFP darüber erfreut, dass die finanzielle Lage des Gesamtstaates so günstig ist wie seit langem nicht mehr und die Investitionen sich auch künftig auf hohem Niveau bewegen. Die internationale Wirtschafts- und Finanzkrise, die im Jahr 2008 begann, ist inzwischen endgültig überwunden. Begrüßt wird

zudem, dass der Steuersatz der sogenannten „Stock-Options“ von derzeit 13 Prozent auf künftig 21 Prozent angehoben wird, auch wenn die CGFP seit längerem dafür eintritt, diese Zusatzvergütung, die Führungskräften großer Unternehmen gewährt wird, vollständig zu besteuern.

In seiner Sitzung befasste sich der CGFP-Nationalvorstand zudem auch mit dem jüngsten Gehälterabkommen im öffentlichen Dienst. Nachdem die Regierung einen Teil der entsprechenden Texte bereits vor den Sommerferien auf den Instanzenweg gebracht hat, drängt die CGFP vehement darauf, dass sämtliche Bestimmungen des Besoldungsabkommens zügig umgesetzt werden, damit sie spätestens zum 1. Januar kommenden Jahres, zeitgleich mit der Punktwertterhöhung, in Kraft treten können. All jene Maßnahmen, die derzeit noch nicht den legislativen Weg eingeschlagen haben, müssen schleunigst verwirklicht werden.

Die Einführung des Bewertungssystems im öffentlichen Dienst war ein weiterer Kritikpunkt. Trotz einiger Nachbesserungen steht der Aufwand keineswegs im Verhältnis zum Ergebnis. Aufgrund der drohenden Gefahr von Willkür und Missbrauch spricht sich die CGFP einmal mehr dafür aus, das Bewertungssystem komplett aus der Welt zu schaffen.



PERIODIQUE	 <b>P&amp;T</b>
	LUXEMBOURG
Envois non distribuables à retourner à: L-3290 BETTEMBOURG	<b>Port payé</b> <b>PS/700</b>



# L'évasion est proche

LUX VOYAGES CGFP, une agence de voyage complète à votre service:

Pour vos déplacements de service ou privés à l'étranger

Voyages organisés

Billets d'avion, de train et de bateau

Réservations d'hôtels et d'appartements dans le monde entier

Tarif spécial pour les membres de la CGFP

**OUVERT  
LE SAMEDI MATIN**



## LUX VOYAGES

25A, boulevard Royal (Forum Royal) • L-2449 Luxembourg  
Tél. 47 00 47 • Fax 24 15 24 • e-mail: luxvoyages@cgfp.lu  
Ouvert du lundi au vendredi de 8 à 18 h et le samedi de 9 à 13 h

# CGFP stellt klare Forderungen an die Regierung

Eine Woche vor dem Einreichen der Haushaltsvorlage für das Jahr 2018, lud die CGFP im Vorfeld ihrer offiziellen „Rentrée sociale“ zu einer Pressekonferenz ein, um auf ihre Anliegen aufmerksam zu machen.

Anhand von konkreten Zahlen wies CGFP-Nationalpräsident Romain Wolff darauf hin, dass die Finanzlage beim Staat so gesund sei wie seit langem nicht mehr: In den Jahren 2012 bis 2016 betrug das kumulierte Wirtschaftswachstum 17,8 Prozent, die Staatsschuld machte im vergangenen Jahr 20 Prozent des Bruttoinlandsproduktes aus, die Inflationsrate lag unter zwei Prozent und die Staatseinnahmen bewegen sich weiterhin auf hohem Niveau.

Gerade in Zeiten der Hochkonjunktur sei es nicht mehr länger hinnehmbar, dass Berufsanfänger im öffentlichen Dienst in den beiden ersten Jahren nur 80 Prozent und im dritten Jahr 90 Prozent des eigentlichen Anfangsgehaltes verdienen, sagte CGFP-Nationalpräsident Romain Wolff: „Diese 80/80/90-Regelung ist eine unsinnige, kontraproduktive Sparmaßnahme, die die Rekrutierungsprobleme beim Staat verschärft. Sie gehört sofort abgeschafft!“

Falls die blau-rot-grüne Regierung bei der Vorlage des Staatshaushalts dieser Forderung nicht Rechnung trage, werde die CGFP prüfen, welche gewerkschaftlichen Mittel kurzfristig eingesetzt werden können, damit die Regierung doch noch einlenke, so Wolff. Nicht nur die Dreierkoalition müsse zu diesem Thema Farbe bekennen. Inzwischen sind sämtliche Parteien von der CGFP schriftlich aufgefordert worden, in diesem Punkt klare Kante zu zeigen.

Bei den Verhandlungen mit der vorigen CSV-LSAP-Koalition habe die CGFP der 80/80/90-Regelung lediglich zugestimmt, um einen weiteren Sozialabbau im öffentlichen Dienst abzuwenden. Zum jetzigen Zeitpunkt habe die einstige Kompromisslösung jedoch überhaupt keine Daseinsberechtigung mehr, zumal die daran geknüpfte grundsätzliche Reform des „Stage“ nicht zufriedenstellend umgesetzt worden sei, betonte der CGFP-Nationalvorsitzende. Statt eine Ausbildung zu erhalten, würden die Praktikanten ab dem ersten Tag als vollständige Arbeitskraft eingesetzt. Die beanspruchte Abschaffung der umstrittenen 80/80/90-Regelung sei demnach nicht mit einer Gehaltsforderung gleichzusetzen.

Auch gebe es derzeit keinen Grund, auf Teile des jüngsten Gehälterabkommens zu verzichten, stellte Romain Wolff klar. Bei der jüngsten Unterzeichnung des Kollektivvertrages für die Mitarbeiter der Südgemeinden sei ersichtlich geworden, dass selbst Kreise, die der Regierung sehr nahestehen, diese Einschätzung teilen. In den 18 betroffenen Kommunen sei das Herabsetzen der Entschädigungen für die „Stagiaires“ nur teilweise umgesetzt



worden. Für die Südgemeinden wurde eine 90/90/95-Regelung vereinbart, ohne dabei auf eine Erhöhung des Lohnpunktwertes um 1,5 Prozent zu verzichten.

CGFP-Präsident Romain Wolff ging zudem auf die Steuerreform ein. Privatpersonen müssten zusätzlich entlastet werden. Bereits zuvor hatte die CGFP in einer Pressemitteilung gefordert, die Steuertabelle ein für alle Mal an die Inflation anzupassen, zumal die Steuerreform vorwiegend von Privatpersonen vorfinanziert wurde. Die letzte teilweise Anpassung wurde im Jahr 2009 vorgenommen. Die kalte Progression gelte es zu vermeiden. Damit sich die positiven Aspekte der Steuerreform nicht rasch in Luft auflösen, sollte die Steuertabelle künftig wieder automatisch an die Inflation angepasst werden, hieß es weiter. Zudem sei es völlig unverständlich, dass die Progression in der Steuerklasse 1A wesentlich schneller steigt als jene in den Steuerklassen 1 und 2. Um gerade die Menschen, die am meisten vom Armutsrisiko betroffen sind, finanziell zu entlasten, müsse dringend nachgebessert werden.

Bei der Reform im öffentlichen Dienst tritt die CGFP dafür ein, zahlreiche Härtefälle aus der Welt zu schaffen, die unter anderem bei der Aufwertung mancher Laufbahnen entstanden sind. Nicht nachvollziehbar sei zum Beispiel, dass die Pfleger („aides-soignants“) in den Texten unerwähnt bleiben, während den Beschäftigten des SAS-Sektors („secteur d’aides et de soins“) eine Aufwertung ihrer Karrieren zusteht. Offensichtlich schneiden manche Staatsbedienstete im Zuge der Neueinstufung ihrer Laufbahn schlechter ab als jene im Sozial- und Pflegesektor. Auch bei der Anpassung der Familienleistungen, die im Abkommen vom 28. November 2014 vorgesehen war, bestehe akuter Handlungsbedarf.

Die CGFP hofft zudem, dass das Besoldungsabkommen im öffentlichen Dienst noch vor Jahresende vollständig umgesetzt wird. Es sei begrüßenswert, dass die Regierung ein

Großteil der entsprechenden Texte noch vor den Sommerferien auf den Instanzenweg gebracht habe. Alle Punkte, die sich auf das Gehälterabkommen beziehen, müssten auch bei den Staatsangestellten, den Praktikanten, sowie den Freiwilligen bei der Armee und der Polizei angewendet werden.

Lob erntete die Regierung für die Einführung der Zeitsparkonten im öffentlichen Dienst. Romain Wolff erinnerte daran, dass ein erster Entwurf bereits im Jahr 2011 auf dem Tisch lag. Als sich damals die Einführung des „compte épargne-temps“ in der Privatwirtschaft konkretisiert habe, hätten die Sozialpartner den Text zerrissen, woraufhin das Vorhaben zurückgezogen wurde. Deshalb sei es der Regierung anzurechnen, dass nun sechs Jahre später diese Maßnahme im öffentlichen Dienst eingeführt wird. Es bleibe zu hoffen, dass künftig auch den Beschäftigten in der Privatwirtschaft die Möglichkeit geboten werde, geleistete Überstunden zu sammeln und später in Urlaubstage umzuwandeln.

CGFP-Nationalpräsident Romain Wolff warnte ausdrücklich davor, den öffentlichen Dienst gegen die Privatwirtschaft auszuspielen: „Wenn eine national repräsentative Gewerkschaft, wie neulich der LCGB, diesen Weg einschlägt und sich dabei auch noch auf schlecht recherchierte Beispiele ohne Wahrheitsgehalt beruft, ist das sehr schlimm.“ Bei der 52-Wochen-Regelung, die bei einer längeren Arbeitsunfähigkeit eintritt, seien die Arbeitnehmer aus dem Privatsektor pauschal mit den öffentlich Bediensteten verglichen worden, ohne dabei die Staatsangestellten in Betracht zu ziehen, so Wolff. Die CGFP lehne eine derartige „absolut unverantwortliche“ Vorgehensweise kategorisch ab.

Abschließend blickte der CGFP-Nationalvorsitzende auf ein rundes Jubiläum voraus. Am 9. November wird die CGFP ihr 50-jähriges Bestehen im hauptstädtischen „Cercle“ im Rahmen einer akademischen Sitzung feiern.

**Max Lemmer**

*life*

En ligne avec vous

## Bâloise - Pension PLAN

Prévoyance-vieillesse et marchés financiers:  
Pour une retraite en mode détente.

[www.cgfp-assurances.lu](http://www.cgfp-assurances.lu)

  
**CGFP**  
Assurances

16, rue Érasme  
L-1468 Luxembourg  
tél.: (+352) 27 04 28 01  
info@cgfp-assurances.lu

# EU-Kommissarin Marianne Thyssen traf Gewerkschaftsspitzen in Luxemburg



Im Rahmen ihres Luxemburg-Aufenthaltes traf sich die EU-Kommissarin für Beschäftigung, Soziales und Integration, Marianne Thyssen, am vergangenen 6. Oktober mit den Führungsspitzen der drei national repräsentativen Gewerkschaften zu einem Meinungsaustausch.

Im Mittelpunkt der in der „Maison de l'Europe“ stattgefundenen Begegnung stan-

den die europäische Säule sozialer Rechte und die darin enthaltenen Prinzipien. Erinnern wir daran, dass in der europäischen Säule sozialer Rechte eine Reihe von Rechten und Grundsätzen festgelegt werden, mit deren Hilfe faire und gut funktionierende Arbeitsmärkte und Sozialsysteme unterstützt werden. Sie soll als Kompass für einen erneuerten Konvergenzprozess in Richtung besserer Arbeits- und

Lebensbedingungen in den teilnehmenden Mitgliedstaaten dienen.

Bei dem Gespräch machten sich die Gewerkschaftsvertreter einmal mehr dafür stark, dass die Prinzipien, die in erster Linie für das Euro-Währungsgebiet konzipiert sind, in allen EU-Mitgliedstaaten gelten sollten. Auch könne es nicht angehen, dass die als Mindeststandards zu verstehenden Prinzipien auf einmal zur Regel würden, und zwar auch in denjenigen Ländern, die bereits heute über höhere Grundsätze verfügten.

Als CGFP-Vertreter bedauerte CGFP-Generalsekretär Steve Heiliger zutiefst, dass die CESI, die Europäische Union Unabhängiger Gewerkschaften, im kommenden November nicht nach Göteborg zum Sozialen Gipfel für faire Arbeitsplätze und Wachstum eingeladen sei. Der Sozialgipfel für faire Arbeitsplätze und Wachstum wird Staats- und Regierungschefs, Sozialpartner und andere wichtige Akteure versammeln, um zusammen auf ein sozialeres Europa hinzuarbeiten und faire Arbeitsplätze und Wachstum zu fördern. Aufgrund der Tatsache, dass die CESI von diesem Treffen ausgeschlossen bleibe, blieben die Interessen von über fünf Millionen europäischen Arbeitnehmern nicht vertreten, so der CGFP-Generalsekretär abschließend. **s.h.**

## Rechte und Chancen

### Konstituierende Sitzung der CESI-Fachkommissionen SOC und FEMM

Die europäische Säule sozialer Rechte war ein zentrales Thema anlässlich der konstituierenden Sitzung der CESI-Fachkommissionen SOC und FEMM am vergangenen 5. Oktober am Hauptsitz der Europäischen Union Unabhängiger Gewerkschaften in Brüssel.

Insgesamt wurde das Grundsatzzpapier als „durchaus positiv“ gewertet, nicht zuletzt auch, weil die Kommission eine ganze Reihe von Vorschlägen der CESI übernommen habe, was zeige, „dass wir richtiglagen.“ Dabei hätten insbesondere die Digitalisierung und die Auswirkungen der neuen Arbeitsweisen auf die Arbeitswelt im Mittelpunkt gestanden. Nun gehe es schlicht darum, eine erste Bestandsaufnahme vorzunehmen und über nächste Schritte auf Gewerkschaftsseite zu entscheiden.

Best Practices in der aktiven Arbeitsmarktpolitik, die Beziehungen zwischen den Sozialpartnern und der soziale Dialog im Zeitalter der kooperativen Wirtschaft waren weitere



zentrale Themen. Dazu gehöre etwa auch die genaue Definition der Beschäftigung (Selbständigkeit vs. Angestelltenverhältnis), aber auch lebenslanges Lernen, „weil die Beschäftigung sich laufend verändert“. So riskierten einzelne Arbeitsstellen im Zuge der Digitalisierung in der Tat wegzufallen, im Gegenzug entstünden aber auch wiederum neue, die andere Qualifikationen voraussetzten.

Ein ganz besonderes Augenmerk kommt dabei nach wie vor den Maßnahmen hin zu einer besseren Vereinbarkeit von Berufs- und Familienleben zu. Mit der vorgeschlagenen Richtlinie würden die Rechte von Frauen wie Männern auf EU-Ebene in der Tat gestärkt, so das Fazit. Ziel sei es, die derzeit eingeschränkte Erwerbsbeteiligung von Frauen zu erhöhen, die Nichtdiskriminierung zu stärken, die Inanspruchnahme durch Väter von Urlaub aus familiären Gründen, sowie die Gleichstellung der Geschlechter zu fördern. Letztlich müsse

aber natürlich jeder Einzelne für sich entscheiden, ob er diese Rechte und Chancen auch nutzen möchte.

**s.h.**

*Erwähnen wir der Vollständigkeit halber, dass Carmen Jaffke, Mitglied des CGFP-Exekutivkomitees, als stellvertretende Vorsitzende der CESI-Fachkommission FEMM bestätigt wurde.*

# CESI: Klares Bekenntnis für angemessene Löhne

Seit Jahrhunderten zerbrechen sich Experten den Kopf darüber, was ein gerechter Lohn ist. Obwohl die Wirtschaftslage sich im vergangenen Jahr in der Europäischen Union verbessert hat, stiegen die realen Effektivlöhne im EU-Schnitt lediglich um 1,5 Prozent. In etlichen EU-Ländern droht dieses Jahr eine Stagnation oder gar ein Rückgang. Erst kürzlich unterstützte der Präsident der Europäischen Union der Unabhängigen Gewerkschaften, Romain Wolff, die ungarischen CESI-Mitgliedsorganisationen bei ihren Bemühungen, bessere Lohnbedingungen zu vereinbaren.

Ähnlich wie viele andere mittel- und osteuropäische Staaten habe auch Ungarn zunächst versucht, durch Niedriglöhne eine erhöhte Wettbewerbsfähigkeit zu erlangen, sagte Wolff am 7. Oktober im Rahmen einer Pressekonferenz in Budapest. Inzwischen zeichne sich jedoch zunehmend ab, dass diese Strategie ihr Ziel deutlich verfehlt habe: Statt die Wirtschaft zu beflügeln, habe dieses Modell insbesondere bei hochwertigen Produkten zu erheblichen Export-Einbußen geführt. Der beträchtliche Lohnrückgang, den die ungarischen Bürger in den vergangenen Jahren hinnehmen mussten, habe zudem die Ungleichheit und die Armut im eigenen Land gefördert.



In seinen Ausführungen trat CESI-Präsident Romain Wolff daher für die Einführung von Mindestlöhnen in sämtlichen Mitgliedsstaaten ein. Eine derartige Maßnahme trage dazu bei, den Arbeitsmarkt zu regulieren und Wettbewerbsverstößen vorzubeugen. Außerdem ziehe eine aktive Mindestlohnpolitik einen Anstieg der wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit nach sich.

Angesichts all dieser Tatsachen sei es umso erfreulicher, dass die Diskussion über die Mindestlöhne wieder auf der politischen Agenda der EU stehe, betonte der CESI-Vor-

sitzende. Künftig will das Gewerkschaftsbündnis verstärkt auf die von der EU-Kommission in Aussicht gestellte europäische Säule sozialer Rechte (ESSR) zurückgreifen. Als eine der wesentlichen Grundrechte enthält diese auch die Forderung nach einer gerechten Entlohnung und angemessenen Mindestlöhnen.

Sowohl im öffentlichen Dienst als auch in der Privatwirtschaft sollte jeder Arbeitnehmer das Recht auf eine angemessene Entlohnung haben, die ihm so ein menschenwürdiges Leben ermögliche, so Wolff, der gleichzeitig eine Lanze für eine kontinuierliche Aufwertung des öffentlichen Dienstes brach. Europaweit müsse ein Paradigmenwechsel stattfinden: Die öffentliche Hand, die unter anderem ein Garant für Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Wirtschaftswachstum und Sicherheit sei, dürfe nicht mehr als reiner Kostenfaktor wahrgenommen werden. Um einen gut funktionierenden öffentlichen Dienst sicherzustellen, brauche man motivierte Mitarbeiter, die unter guten Arbeitsbedingungen angemessene Löhne beziehen und eine ausreichende Wertschätzung für ihre geleisteten Dienste erhalten.

m.l.

## LuxDidac - Eine nicht endende Erfolgsstory!

Seit 22 Jahren ist die LuxDidac ein Muss für viele Lehrer, Erzieher, Eltern, Schüler und Studenten. Die Schulbuch- und Lehrmittelausstellung, die auf Initiative des „Syndicat National des Enseignants“ (SNE/CGFP) und der „Fédération Générale des Universitaires au Service de l'Etat“ (FEDUSE-Enseignement/CGFP) ins Leben gerufen wurde, hat sich über all die Jahre als Erfolgsstory entpuppt, so dass die Veranstalter den Vergleich mit ausländischen Fachmessen dieser Art nicht zu scheuen brauchen.

Die diesjährige Auflage fand vom 26. bis 28. September in den Mehrzweckräumen des „Forum Geesseknäppchen“ in Luxemburg-Merl statt. Bei der Eröffnung nutzten SNE-Präsident Patrick Remakel und FEDUSE-Präsident Raoul Scholtes die Gelegenheit, um unmittelbar vor den Kommunalwahlen im Beisein von Bildungsminister Claude Meisch auf aktuelle Themen einzugehen, die die Schulpolitik betreffen.



An drei Tagen konnten sich die Besucher der LuxDidac 2017 von einem reichhaltigen Angebot an innovativem, didaktischem Material aus dem In- und Ausland überzeugen. Auf einer Gesamtfläche von rund 600 Quadratmetern wurde spezifisches Lehr- und Lernmaterial für die Fächer der Grundschule und der Sekundarstufe angeboten. Der Großteil der 29 Aussteller stammte aus Deutsch-

land. Anwesend waren jedoch auch Verlage aus Belgien und der Schweiz sowie inländische Aussteller. Neben dem Unterrichtsministerium waren unter anderem auch „SNE Editions“ und „Fairtrade Lëtzebuerg“ mit einem Stand vertreten.

Die zahlreichen Workshops, die erneut organisiert wurden, fanden regen Anklang bei den Besuchern. Zwei Konferenzen zum Umgang mit problematischen Kindern rundeten das Programm der beliebten Fachausstellung ab. Dieses Jahr erteilte der Philosophieprofessor Jean-Pierre Bellon Ratschläge, wie man sich verhalten soll, falls sich Schüler untereinander schikanieren („agir pour traiter les phénomènes de harcèlement entre élèves“). Der belgische Pädagoge Yves Demoulin hielt einen Vortrag zum Thema Dyspraxie. Internationalen Schätzungen zufolge leiden acht bis zehn Prozent aller Kinder an dieser Störung beim Erlernen von Bewegungsabläufen.

m.l.



Organe de la Confédération Générale de la Fonction Publique **CGFP**

Éditeur: **CGFP**

488, route de Longwy, L-1940 Luxembourg

Tél.: 26 48 27 27 – Fax: 26 48 29 29

E-mail: [cgfp@cgfp.lu](mailto:cgfp@cgfp.lu)

Rédaction: Tél.: 26 48 27 27-43

Impression: Saint-Paul Luxembourg s.a.

La reproduction d'articles, même par extraits, n'est autorisée qu'en cas d'indication de la source.

Les articles signés ne reflètent pas nécessairement l'avis de la CGFP.

# „Es gibt keinen Grund mehr, nicht fair einzukaufen“

2016 erreichten die Umsätze mit Fairtrade-Produkten in Luxemburg 15 Millionen Euro

Als vor 25 Jahren der erste faire Kaffee in Luxemburg zum Verkauf angeboten wurde, ahnte wohl noch niemand, dass damit der Grundstein für ein alternatives Handelsmodell gelegt worden war. Die staatlich anerkannte Nichtregierungsorganisation „Fairtrade Lëtzebuerg“, der auch die CGFP angehört, hat dieses Jahr ihr rundes Jubiläum mit einer Vielzahl von Events gefeiert. Die Bewegung war am 25. März 1992 unter der Bezeichnung „TransFair-Minka“ aus der Taufe gehoben worden.

Ziel ist es, den Erzeugern in den Entwicklungsländern für ihre Produkte einen existenzsichernden Lohn und somit ein menschenwürdiges Leben zu ermöglichen. Dazu gehören gerechtere Arbeitsbedingungen mit sozialer Absicherung sowie ein Verbot von Kinder- und Zwangsarbeit.

„Wir sind nicht Größenwahnsinnig, indem wir glauben, die Weltwirtschaft verändern zu können. Wir fordern allerdings, dass der Gedanke des fairen Handels auf Weltebene verwirklicht wird.“ So fasst Jean-Louis Zeien, Gründungsmitglied und Präsident von „Fairtrade Lëtzebuerg“, seinen unermüdlichen Kampf zusammen.

In Luxemburg stecke der faire Handel nicht mehr in den Kinderschuhen. Für einen Großteil der Bevölkerung sei der Begriff „Nachhaltigkeit“ keine leere Floskel mehr. „Fairtrade Lëtzebuerg“ handelt nicht selbst mit Waren, sondern vergibt das Label an Hersteller und Partner. Die entsprechenden Standards beruhen auf den drei Säulen der nachhaltigen Entwicklung: Ökonomie, Soziales und Ökologie.

Die zunehmende Beliebtheit des Fairtrade-Siegels macht deutlich, dass auch hierzulande ein anderer Handel gewünscht ist. Jede dritte Banane, die in Luxemburg geschält wird, stammt aus fairem Handel. Rund ein Fünftel der Rosen sind Fairtrade-Produkte. Beinahe jede zehnte Tasse Kaffee, die im Großherzogtum getrunken wird, entspricht den Fairtrade-Kriterien.

„Diese Zahlen strafen all jene Lügen, die besagen, der faire Handel sei dazu verdammt, sich auf Nischenprodukte zu beschränken“, stellt Zeien mit Genugtuung fest. Nicht alle Verkaufszahlen von Fairtrade sind jedoch hierzulande zufriedenstellend. Obwohl die Ausbeutung von Kindern auf westafrikanischen Plantagen noch immer eine traurige Realität darstellt, beträgt der Marktanteil von fair gehandeltem Kakao nur 1,38 Prozent. „Um hier nachhaltig etwas ändern zu können, müssen nicht nur die Verbraucher Verantwortung übernehmen, auch die Groß-

industrie muss sich einbringen“, unterstreicht der Vorsitzende von „Fairtrade Lëtzebuerg“.

Die Fairtrade-Sortimente werden konsequent ausgebaut und beschränken sich längst nicht mehr auf die Lebensmittelabteilung. Erst neulich wurden in Zusammenarbeit mit einer Bank (BCEE) Goldbarren angeboten, die im Nu verkauft waren. Das starke Wachstum des Handels mit ökosozialen Fairtrade-



Gütern ist in Luxemburg beachtlich: Gab es zu Beginn lediglich drei Weltläden, so werden heute in über 200 Verkaufsstellen mehr als 1800 Fairtrade-Produkte angeboten. Allein im letzten Jahr konnte der Absatz um 40 Prozent gesteigert werden. Die 20 Partner von „Fairtrade Lëtzebuerg“, die insgesamt 130 luxemburgische Markenprodukte herstellen, haben 2016 einen Umsatz in Höhe von 15 Millionen Euro erwirtschaftet.

Im vergangenen Jahr hat jeder Einwohner des Großherzogtums im Schnitt 26 Euro für Fairtrade-Produkte ausgegeben. Weltweit rangiert Luxemburg damit unter den Top 5. Hierzulande werden doppelt so viel fair gehandelte Waren verkauft wie in den Nachbarstaaten. Dennoch gibt es noch Luft nach oben, so Zeien, mit Blick auf die Schweiz. Die Eidgenossen geben jedes Jahr im Durchschnitt pro Kopf 68 Euro für derartige Produkte aus.

Trotz der rasanten Entwicklung des fairen Handels sind die Verantwortlichen von „Fairtrade Lëtzebuerg“ überzeugt, dass noch ein langer Weg zurückgelegt werden muss. Bislang sind nur ein Viertel der luxemburgischen Gemeinden Fairtrade-zertifiziert. Zudem gebe es auch bei den staatlichen Stellen noch reichlich Spielraum, betont Jean-Louis Zeien: „Auch wenn immer mehr öffentliche Akteure auf fairen Handel zurückgreifen, ist es ein wenig frustrierend, dass eine konsequente und voluntaristische Einkaufspolitik weiter auf sich warten lässt.“

Der Staat sollte endlich dazu übergehen, seine Einkaufsentscheider entsprechend auszubilden und für das Thema zu sensibilisieren, wünscht sich der einstige Pionier des fairen Handels in Luxemburg. Die Verwirklichung einer nachhaltigen Strategie dürfe nicht von einem einzelnen Beamten oder Politiker abhängig sein. Die EU-Richtlinie zur Vergabe öffentlicher Aufträge, deren Umsetzung in Luxemburg auf sich warten lässt, sieht ausdrücklich vor, dass der Staat verstärkt auf Labels wie Fairtrade zurückgreifen kann. „Derzeit gibt es keinen Grund mehr, auf einen fairen Einkauf zu verzichten“, so Zeien.

In der 25-jährigen Geschichte seiner Organisation hat der engagierte Verfechter des fairen Handels auch so manche Rückschläge einstecken müssen. Immer wieder musste die NGO anhand von Studien über die Auswirkungen des fairen Handels gegen Unwahrheiten und Vorurteile kämpfen.

Zudem gestaltet sich die Suche nach neuen Partnern oft schwierig. Zum Glück werden diese Bemühungen ab und zu von Erfolg gekrönt. Nachdem zum Beispiel zehn Jahre lang vergeblich versucht worden war, eine fair gehandelte Schokoladenmilch auf dem luxemburgischen Markt einzuführen, haben sich im vergangenen Jahr gleich drei Partner binnen kurzer Zeit dazu bereit erklärt, das Produkt anzubieten. Dieses Vorhaben hat Symbolcharakter, da zum einen die einheimischen Bauern um das Überleben ihres Milchproduktes kämpfen und zum anderen die Landwirte im Süden sich für die Zukunft der Kakaobranche einsetzen.

Statt sich auf seinen Lorbeeren auszuruhen, will „Fairtrade Lëtzebuerg“ mit seinen Partnern neue Produkte auf den Markt bringen. Demnächst wird zum Beispiel ein „Fairtrade-Boxemännchen“ zum Verkauf angeboten. Im Bereich der Textilindustrie wird „Fairtrade Lëtzebuerg“ in Zusammenarbeit mit einer NGO und mit der aktiven Unterstützung der luxemburgischen Kooperation ein neues Projekt starten. So sollen künftig nicht nur die Baumwollbauern, sondern auch die Beschäftigten der gesamten Produktionskette von Fairtrade in den Genuss von neuen Textilstandards kommen. „Damit soll ein neues Bewusstsein für den Umgang mit Kleidern geschaffen werden“, erklärt Zeien.

Max Lemmer



# Mehr IQ für mehr qm!

Mit BHW zuverlässig in die eigenen vier Wände

Wohneigentum ist alles: Baufinanzierung, Vermögensaufbau, Anlageoptimierung, solide Altersvorsorge. Sprechen Sie mit einem BHW Berater darüber. **Oder rufen Sie die CGFP Hotline an: 473651.**

Die CGFP ist der BHW Bausparpartner in Luxemburg für den öffentlichen Dienst.